

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 23

DIENSTAG, DEN 22. MÄRZ

2016

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzung der Bürgerschaft.....	557	Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 (Wohnungen und Arbeitsstätten Flughafenstraße/Ohkamp)	559
Planfeststellungsverfahren – Hochwasserschutz für Hamburg, Erhöhung des Klütjenfelder Hauptdeichs –	557	Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans.....	559
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	558	Aufstellungsbeschluss	560
Dritte Verordnung zur Änderung von Verordnungen über Naturschutzgebiete	558	Öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurfs Barmbek-Süd 36	561
		Widmung von Wegeflächen	561

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Donnerstag, dem 31. März 2016, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 22. März 2016

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 557

Planfeststellungsverfahren

– Hochwasserschutz für Hamburg, Erhöhung des Klütjenfelder Hauptdeichs –

Die Freie und Hansestadt Hamburg, Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (Vorhabensträgerin), hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (Planfeststellungsbehörde) die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für die oben genannte Baumaßnahme beantragt. Der Antrag beruht auf den §§ 67, 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit den §§ 72 ff. des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG).

Das Vorhaben umfasst im Wesentlichen die Erhöhung des Klütjenfelder Hauptdeichs (Dkm 0,0+00 bis 2,0+70), der den Norden des Stadtteils Wilhelmsburg im Falle einer Sturmflut schützt, um durchschnittlich etwa 50 cm im Bereich des Berliner Ufers bis durchschnittlich etwa 70 cm im Bereich des Potsdamer Ufers. Hintergrund ist die Anhebung des Bemessungswasserstandes von derzeit +7,30 m NHN auf dann +8,10 m NHN für das Berliner Ufer und das Potsdamer Ufer auf Grund des Senatsbeschlusses aus dem

Jahre 2012, veröffentlicht im Amtlichen Anzeiger vom 9. August 2013 S. 1282.

Für das geplante Vorhaben ist vorliegend nach §§ 3 a, 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nummer 13.18.1 der Anlage 1 des UVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Planunterlagen enthalten auch die entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Umweltverträglichkeitsstudie, den Landschaftspflegerischen Begleitplan und den Fachbeitrag Artenschutz.

Die Planfeststellungsunterlagen sowie die Unterlagen zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens liegen in der Zeit vom 30. März 2016 bis einschließlich 29. April 2016 während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), VI. Obergeschoss, Raum 605, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, öffentlich aus.

Jede Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis zum 13. Mai 2016, schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Planfeststellungsbehörde, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Versendung einer E-Mail genügt nicht.

Gleichzeitig kann von jedermann innerhalb der genannten Frist zu den den Planunterlagen beigefügten entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen Stellung genommen werden.

Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe

nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach § 74 HmbVwVfG einzulegen, können innerhalb der vorgenannten Frist Stellungnahmen zu dem Plan bei der vorgenannten Stelle abgeben.

Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen nur noch geltend gemacht werden, wenn sie auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen oder wenn der Betroffene die nachteiligen Wirkungen nicht voraussehen konnte.

Der Ausschluss der Einwendungen und Stellungnahmen beschränkt sich bei Einwendungen und Stellungnahmen, die sich auf die Schutzgüter nach § 2 Absatz 1 UVPG beziehen, nur auf dieses Verwaltungsverfahren.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleich lautender Texte eingereicht worden sind, gilt für das Planfeststellungsverfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von den Unterzeichnern als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Einwendungen, die die genannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder bei denen der Vertreter keine natürliche Person ist, können unberücksichtigt bleiben; dasselbe gilt insoweit, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben (§ 17 HmbVwVfG).

Nach Ablauf der Einwendungsfrist werden die rechtzeitig erhobenen Einwendungen sowie die Stellungnahmen zu den Unterlagen über die Umweltauswirkungen und die Stellungnahmen der Behörden zu dem Antrag mit dem Antragsteller, den Behörden, den Betroffenen und denen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert. Bei Ausbleiben eines Beteiligten im Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Die Einwendungen gelten dann als aufrechterhalten. Der Erörterungstermin wird mindestens eine Woche vorher im Amtlichen Anzeiger bekannt gemacht. Die Behörden, die Antragsteller und die, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt. Wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind, können die Personen, die Einwendungen erhoben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden; in diesem Fall kann auch die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Aufwendungen, die durch die Einsichtnahme in die Planfeststellungsunterlagen oder durch die Teilnahme am Erörterungstermin entstehen, können nicht erstattet werden.

Vertragliche Ansprüche werden durch die Entscheidung in diesem Verfahren nicht ausgeschlossen.

Die Planunterlagen sowie allgemeine Informationen zum Planfeststellungsverfahren sollen ab dem Beginn der Auslegung auch im Internet unter der Adresse

[http://www.hamburg.de/bwvi/
np-aktuelle-planfeststellungsverfahren/](http://www.hamburg.de/bwvi/np-aktuelle-planfeststellungsverfahren/)

veröffentlicht werden.

Hamburg, den 22. März 2016

**Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 557

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Firma Sigma-Aldrich Biochemie GmbH Hamburg hat bei der Behörde für Umwelt und Energie – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – eine Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Änderung einer Anlage zur Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung in industriellem Umfang auf dem Grundstück Georg-Heyken-Straße 14, 21147 Hamburg (Hausbruch), beantragt.

Das Änderungsvorhaben umfasst die Neuerrichtung und den Betrieb der zwei Produktionsbehälter à 250 l einschließlich der zugehörigen Kühlaggregate und deren Verrohrung und stellt ein Vorhaben im Sinne der Nummer 4.2 (Spalte 2) der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar.

Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3c Absatz 1 Satz 1 UVPG wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Änderungsvorhabens abgesehen.

Das Änderungsvorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Umwelt und Energie auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung gesetzlicher Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben.

Die Begründung der Feststellung, dass für das Änderungsvorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist bei der Behörde für Umwelt und Energie – Amt für Immissionsschutz und Betriebe – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich.

Hamburg, den 16. März 2016

**Die Behörde für Umwelt und Energie
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 558

Dritte Verordnung zur Änderung von Verordnungen über Naturschutzgebiete

Es ist beabsichtigt, auf Grund von § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 167), in Verbindung mit § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1536), sowie § 27 Nummer 3 des Hamburgischen Jagdgesetzes vom 22. Mai 1978 (HmbGVBl. S. 162), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 257), die Dritte Verordnung zur Änderung von Verordnungen über Naturschutzgebiete zu erlassen.

Der Entwurf der Verordnung sowie eine Begründung liegen vom 1. April 2016 bis zum 30. April 2016 öffentlich aus. Während dieses Zeitraums können sie in folgenden Dienststellen zu den genannten Zeiten eingesehen werden:

- Behörde für Umwelt und Energie, Abteilung Naturschutz, Neuenfelder Straße 19, Erdgeschoss, Zimmer E.01.274,

21109 Hamburg, montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 8.30 Uhr bis 14.00 Uhr;

- Bezirksamt Wandsbek, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen, Umwelt, Schloßgarten 9, 22041 Hamburg, montags und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, dienstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, donnerstags von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr;
- Bezirksamt Hamburg-Nord, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – Fachamt Management des öffentlichen Raums –, Kümmellstraße 6, Neubau, Technisches Rathaus, IV. Stock, 20249 Hamburg, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr;
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, I. Stock, Raum 105 (Geschäftszimmer), 20095 Hamburg, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr;
- Bezirksamt Altona, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Jessenstraße 1, Technisches Rathaus, Flur, V. Obergeschoss, 22767 Hamburg, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr;
- Bezirksamt Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – Fachamt Management des öffentlichen Raums –, Wentorfer Straße 38 a, Foyer, 21029 Hamburg, montags, dienstags, donnerstags, freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, donnerstags von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr;
- Bezirksamt Harburg, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt – Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung –, Rathausplatz 4, Flur, III. Stock, 21073 Hamburg, montags bis donnerstags von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Bedenken und Anregungen können während der Auslegungsfrist bei den oben genannten Dienststellen schriftlich oder elektronisch unter: naturschutz@bue.hamburg.de vorgebracht oder zur Niederschrift erklärt werden.

Hamburg, den 22. März 2016

Die Behörde für Umwelt und Energie

Amtl. Anz. S. 558

Öffentliche Plandiskussion über den Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 (Wohnungen und Arbeitsstätten Flughafenstraße/Ohkamp)

Der Stadtentwicklungsausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord führt am 7. April 2016, um 19.30 Uhr im Termin Tango des Airport Hamburg, Flughafenstraße 1-3, 22335 Hamburg, mit den Bürgerinnen und Bürgern eine öffentliche Plandiskussion mit öffentlicher Unterrichtung und Erörterung zu dem Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 (Wohnungen und Arbeitsstätten Flughafenstraße/Ohkamp) durch.

Das Plangebiet mit einer Größe von 2 ha liegt östlich der U-Bahnhaltestelle Fuhlsbüttel-Nord, südlich der Flughafenstraße, westlich des Ohkamps und nördlich der angrenzenden Kleingärten. Es umfasst die Flurstücke 2236, 2563 sowie einen Teilbereich des Flurstücks 3 und Teilbereiche des Straßenflurstücks Ohkamp (2167) der Gemarkung

Fuhlsbüttel sowie das Flurstück 5555 und Teilbereiche des Straßenflurstücks Flughafenstraße (3526) der Gemarkung Langenhorn (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteile 431, 432).

Mit dem Bebauungsplan-Entwurf Fuhlsbüttel 23/Langenhorn 83 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umnutzung eines bisher als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesenen Areals als allgemeines Wohngebiet und Kerngebiet geschaffen werden. Für das allgemeine Wohngebiet ist der Bau von zwei Wohngebäuden mit vier Geschossen vorgesehen, die im geförderten Wohnungsbau errichtet werden sollen und 124 Wohnungen umfassen können. Sie sollen befristet der Unterbringung von Flüchtlingen dienen. Im Kerngebiet ist die Ansiedelung von Büros und nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben vorgesehen.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a des Baugesetzbuchs (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt. Hiernach wird entsprechend § 13a Absatz 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 3 Satz 1 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB abgesehen. Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm sollen im Wege der Berichtigung angepasst werden.

Informationsmaterial kann am Veranstaltungsort ab 17.00 Uhr eingesehen werden. Ab 18.00 Uhr findet im Vorwege der öffentlichen Plandiskussion am Veranstaltungsort eine Informationsveranstaltung zur Folgeunterbringung für Flüchtlinge statt.

Informationsmaterial kann ab dem 31. März 2016 montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung im Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt des Bezirksamtes Hamburg-Nord im VI. Stock des Technischen Rathauses in der Kümmellstraße 6, 20249 Hamburg, eingesehen werden. Darüber hinaus kann das Informationsmaterial auch im Internet unter www.hamburg.de/hamburg-nord eingesehen werden.

Auskünfte zum Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache (Telefon: 040/4 28 04 - 60 22 oder - 60 20).

Hamburg, den 7. März 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

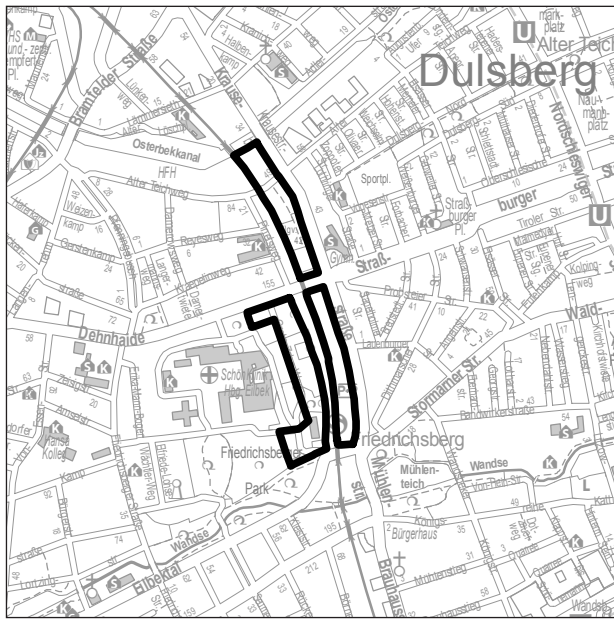
Amtl. Anz. S. 559

Öffentliche Auslegung einer Änderung des Flächennutzungsplans

Der Senat hat beschlossen, die Änderung des Flächennutzungsplans „Wohnen und Gewerbe westlich der Krausestraße in Barmbek-Süd und Dulsberg“ gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), öffentlich auszulegen:

Änderung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss F 03/15)

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung liegt in den Geltungsbereichen beiderseits der S-Bahn-Trasse von der Straße Dehnhaide im Norden bis zum S-Bahnhof Friedrichsberg im Süden sowie nördlich der Straße Dehnhaide zwischen S-Bahn-Trasse und Krausestraße in den Stadtteilen Barmbek-Süd und Dulsberg (F 03/15 – Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteile 423 und 424).



Die Änderung des Flächennutzungsplans „Wohnen und Gewerbe westlich der Krausestraße in Barmbek-Süd und Dulsberg“ umfasst zwei Teilflächen beiderseits der Trasse der Schnellbahnlinie S 1 nördlich des Bahnhofs Friedrichsberg.

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans sollen westlich der Schnellbahntrasse, südlich der Straße Dehnhaide die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung von Wohnungsbau geschaffen werden. Auf dieser nicht mehr genutzten Teilfläche des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Eilbek war zunächst auf Grund der bestehenden Nachbarschaft zum Krankenhaus, der Lagegunst bezüglich der Verkehrsanbindungen sowie auf Grund der Lärmimmissionen eine gemischte Nutzung – insbesondere für krankenhaushahe Nutzungen – vorgesehen. Auf Grund der an diesem Standort nicht vorhandenen Nachfrage nach entsprechenden mischgebietstypischen Nutzungen und der nach wie vor starken Nachfrage nach Wohnungen soll nunmehr in diesem Bereich Wohnungsbau entwickelt werden. Entsprechend sollen im Flächennutzungsplan künftig „Wohnbauflächen“ dargestellt werden. Die für eine Wohnnutzung erforderlichen Voraussetzungen im Bereich des technischen Umweltschutzes (Lärminderung) müssen auf den nachfolgenden Planungsebenen geschaffen werden.

Mit dem jetzt vorgesehenen Bauvorhaben wird ein Beitrag zur Befriedigung der nach wie vor ansteigenden Wohnungsnachfrage in Hamburg geleistet. Der Bereich der Änderung des Flächennutzungsplans stellt den letzten noch nicht realisierten Teil der städtebaulichen Entwicklung „Parkquartier Friedrichsberg“ dar. Durch die Lage an der Hauptstraße Dehnhaide (nördlich) und an der Bahntrasse (östlich) bildet das Gebiet den nordöstlichen Auftakt der baulichen Strukturen des Parkquartiers. Vorgesehen ist eine sechs- bis achtgeschossige, geschlossene Bebauung. Der städtebauliche Entwurf hierfür wurde im Rahmen einer Konzeptausschreibung und einem anschließenden städtebaulichen Entwurfsgutachten entwickelt.

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans sollen außerdem zwischen Schnellbahntrasse und Krausestraße die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Sicherung und Entwicklung von gewerblichen Nutzungen entlang der Krausestraße geschaffen werden. Hierdurch werden beson-

ders im innerstädtischen Bereich dringend benötigte gewerbliche Bauflächen planerisch gesichert.

Der Flächennutzungsplan wird daher künftig westlich der Schnellbahntrasse, südlich der Straße Dehnhaide statt „Gemischte Bauflächen“ „Wohnbauflächen“ darstellen. Außerdem werden westlich der Krausestraße künftig „Gewerbliche Bauflächen“ dargestellt.

Zusätzlich wird das P+R-Symbol in der Nähe des Bahnhofs Friedrichsberg bestandsgemäß an die korrekte Position verschoben.

Das Gebiet der Flächennutzungsplanänderung umfasst eine Fläche von etwa 7,6 ha.

Die Schnellbahntrasse der Linie S 1 ist im Flächennutzungsplan entsprechend dargestellt, die Krausestraße ist als Hauptverkehrsstraße dargestellt. Diese Darstellungen werden beibehalten.

Die Änderung des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) wird in der Zeit vom 1. April 2016 bis einschließlich 2. Mai 2016 an den Werktagen (außer sonntags) während der Dienststunden im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg Nord, Technisches Rathaus, Kümmeistraße 6, VI. Obergeschoss, 20249 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Bestandteil der Auslegung ist der Umweltbericht mit Informationen zu den Schutzgütern Mensch, Luft und Klima, Boden, Wasser, Tiere und Pflanzen, Stadt-/Landschaftsbild und Kultur- und Sachgüter.

Weitere umweltrelevante Stellungnahmen oder Gutachten liegen nicht vor.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der oben genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

Ein Duplikat der Änderung des Flächennutzungsplans ohne umweltbezogene Informationen kann in der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, Neuenfelder Straße 19, I. Obergeschoss (Eingangsbereich), Raum E.01.274, 21109 Hamburg, im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Hamburg, den 14. März 2016

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Amtl. Anz. S. 559

Aufstellungsbeschluss

Das Bezirksamt Hamburg-Nord beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), für das nachstehend aufgeführte Gebiet am Grete-Zabe-Weg (Aufstellungsbeschluss N 1/16) den bestehenden Bebauungsplan zu ändern und den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Süd 36 aufzustellen.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Dehnhaide – über das Flurstück 6813 – über das Flurstück 6161 – über das Flurstück 6813 – über das Flurstück 6161 – Südgrenze des Flurstücks 6813 – Südgrenze des Flurstücks 6751 – über das Flurstück 6751 der Gemarkung Barmbek (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 423).

Eine Karte, in der das Gebiet farbig angelegt ist, kann beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Nord während der Dienststunden eingesehen werden.

Durch den Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Barmbek-Süd 36 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsbau auf einer nicht mehr genutzten Teilfläche des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Eilbek geschaffen werden. Die bisherige Ausweisung Kerngebiet soll zugunsten einer Wohngebietsausweisung aufgegeben werden. Das Plangebiet stellt den letzten noch nicht realisierten Teil der städtebaulichen Entwicklung „Parkquartier Friedrichsberg“ dar.

Das Bebauungsplanverfahren dient der Innenentwicklung im Sinne von § 13a BauGB und wird, da auch die übrigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Hamburg, den 15. März 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 560

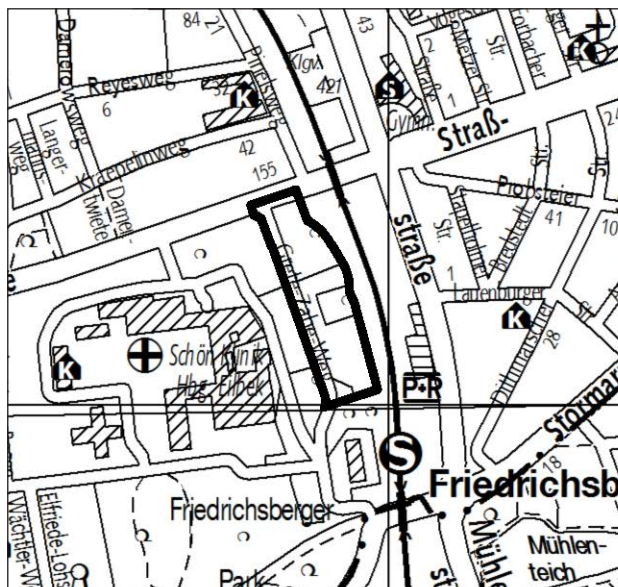
Öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan- Entwurfs Barmbek-Süd 36

Das Bezirksamt Hamburg-Nord hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722, 1731), öffentlich auszulegen:

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Barmbek-Süd 36

Das Bebauungsplanverfahren wurde durch den Aufstellungsbeschluss N 1/16 eingeleitet.

Das Plangebiet liegt am zukünftigen Grete-Zabe-Weg und wird wie folgt begrenzt: Dehnhaide – über das Flurstück 6813 – über das Flurstück 6161 – über das Flurstück 6813 – über das Flurstück 6161 – Südgrenze des Flurstücks 6813 – Südgrenze des Flurstücks 6751 – über das Flurstück 6751 der Gemarkung Barmbek (Bezirk Hamburg-Nord, Ortsteil 423).



Durch den Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Barmbek-Süd 36 sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für Wohnungsbau auf einer nicht mehr genutzten Teilfläche des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Eilbek geschaffen werden. Die bisherige Ausweisung Kerngebiet soll zugunsten einer Wohngebietsausweisung aufgegeben werden. Das Plangebiet stellt den letzten noch nicht realisierten Teil der städtebaulichen Entwicklung „Parkquartier Friedrichsberg“ dar.

Es ist eine sechs- bis achtgeschossige, geschlossene Bebauung parallel zum Grete-Zabe-Weg vorgesehen. Insgesamt sind rund 205 Wohneinheiten geplant.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt.

Der Bebauungsplan-Entwurf (zeichnerische Darstellung mit textlicher Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 1. April 2016 bis 2. Mai 2016 an den Werktagen (außer sonntags) montags bis donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 9.00 Uhr und 14.00 Uhr beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Hamburg-Nord, Technisches Rathaus, Kümmellstraße 6, VI. Obergeschoss, 20249 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Die Auslegungsunterlagen können zusätzlich auch im Internet unter www.hamburg.de/hamburg-nord/ eingesehen werden.

Auskünfte zum ausgelegten Bebauungsplan-Entwurf erteilt das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung nach vorheriger telefonischer Terminabsprache unter Telefonnummer: 040/4 28 04 - 60 26 oder - 60 20.

Während der oben genannten Auslegungsfrist können bei der genannten Dienststelle Stellungnahmen schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung unberücksichtigt bleiben können. Zudem ist ein Antrag einer natürlichen oder juristischen Person nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 14. März 2016

Das Bezirksamt Hamburg-Nord

Amtl. Anz. S. 561

Widmung von Wegeflächen

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Bergedorf in der Gemarkung Billwerder liegenden Verbreiterungsflächen des Billwerder Billdeichs (Flurstücke 2734 teilweise, 3170 teilweise, 5408 teilweise, 4657 teilweise, 5399 teilweise) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die zu widmenden Flächen sind gelb markiert im Plan dargestellt.

Hamburg, den 2. März 2016

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 561

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung Vergabenummer: 15 A 0383

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40/4 28 42 - 2 00,
Telefax: + 49 (0)40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: Vergabestelle@bba.hamburg.de
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabe: 15 A 0383
Erneuerung Nahwärmeleitung
84112 B 2015 BBN 2015 TM 0019
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Kein elektronisches Vergabeverfahren
- d) Art des Auftrages:
Ausführen von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
GL-Graf-v.-Baudissin-Kaserne,
Blomkamp 61, 22549 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Erneuerung von ca. 120 m Nahwärmeleitung einschließlich Tiefbauarbeiten und Teildemontage des vorhandenen Haubenkanales. Die zuverlegende Nahwärmeleitung soll als KMR mit Feuchtsüberwachung ausgeführt werden.
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung: 2. Mai 2016
Fertigstellung: 17. Juni 2016
Weitere Fristen: 28. Mai 2016 Wiederinbetriebnahme des zu versorgenden Gebäudes
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle@bba.hamburg.de
Bewerbungsschluss: 31. März 2016
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe der Kosten: 8,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210 333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 15 A 0383
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.

Hinweis:

Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn

- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
- gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
- das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.

Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind:
Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
Deutsch
- q) Angebotseröffnung:
20. April 2016, 11.00 Uhr
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- s) Entfällt
- t) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Nachweise zur Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
Das Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) ist erhältlich.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: keine
- v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 20. Mai 2016

- w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49/(0)40/4 28 42 - 450
- x) Sonstige Angaben:
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle@bba.hamburg.de
Hamburg, den 15. März 2016
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung – 238

Öffentliche Ausschreibung

- a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Zentrale Vergabestelle K 5
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg
Telefon: 040/4 28 26 - 24 95, Telefax: 040/4 27 31 - 34 48
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Die Vergabeunterlagen werden auf CD an Sie versandt. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, Ihnen die Unterlagen, gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 16,- Euro, auch in Papierform (Angebotsheftung) zu übersenden. In diesem Fall überweisen Sie bitte den erhöhten Kostenbeitrag.
Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten Sie aber, Ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Hamburg
- f) Vergabenummer: **ÖA-K5-156/16**
Bauvorhaben: Erhaltungsmanagement für Hamburgs Straßen (EMS-HH), Höltingbaum von Eichberg bis Sieker Landstraße.
Wesentliche Leistungen:
- | | |
|---|-------------------------|
| – Asphaltdeckschicht fräsen/einbauen: | 17.500 m ² , |
| – Asphaltbinderschicht fräsen/einbauen: | 14.500 m ² , |
| – Asphalttragschicht fräsen/einbauen: | 14.500 m ² , |
| – Verfestigung ausbauen/einbauen: | 430 m ² , |
| – Nebenflächen befestigt herstellen: | 165 m ² , |
| – Schotterrasen herstellen: | 1.005 m ² , |
| – Einbau von Granitborden HB, TB: | 1.855 m, |
| – Einbau von Abgrenzungssteinen: | 110 m, |
| – Straßenabläufe herstellen: 3 Stück, | |
| Anschlussleitungen für | |
| Straßenabläufe herstellen: | 85 m |
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: frühestens am 21. Juli 2016
Ende: spätestens am 16. Oktober 2016
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom 18. März 2016 bis 8. April 2016, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr.
Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
RB5/ZVA, Zimmer E 1.272
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
Telefax: 040/4 27 31 - 05 27
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 5,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
IBAN DE50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut: Postbank Hamburg
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 12. April 2016 um 11.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Eröffnungsstelle RV/ZVA, Zimmer E 01.421,
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 12. April 2016 um 11.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.
Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise und Angaben vorzulegen:
Benennung des/der Geschäftsführer(s) bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs durchführen muss; Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen; Einwilligung dieser Personen in die Nutzung ihrer Daten für die Abfrage beim Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs.
Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.
Qualifikationsnachweis MVAS, Benennung und Qualifikationsnachweis SiGeKo, Nachweise zur sozialverantwortlichen Beschaffung, Qualifikationsnachweis nach ZTV-Siele z.B. durch RAL Gütezeichen Kanakbau AK 3 oder glw., Benennung Prüflabor und Qualifikationsnachweis durch Vorlage der Akkreditierungsurkunde.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 12. Mai 2016.
- w) Beschwerdestelle:
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 - 34 58
Hamburg, den 15. März 2016
Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 239

Auftragsbekanntmachung		II.1.4)	Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER		II.1.5)	Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens: Im Hamburger Stadtteil Wellingsbüttel entsteht an der Irena-Sendler-Schule (Stadtteilschule) ein dreigeschossiger Ersatzneubau mit ca. 12.650 m ² BGF. Es werden zwei dreigeschossige Bauten (Haus A und Haus B) errichtet. Im Neubau entstehen Ganztagsflächen inkl. Mensaküche (Aufwärmküche), Aula als Multifunktionsfläche, allgemeine Unterrichtsräume sowie Kompartimentflächen und Differenzierungsflächen, Verwaltungsflächen sowie naturwissenschaftliche Räume (Biologie, Physik, Chemie) und Werkstätten (Holz- und Metall). Ferner befinden sich in Haus B noch eine Einfeldsport-halle und eine Gymnastikhalle. Der Schulbetrieb läuft während der Bauarbeiten in Bestandsgebäuden weiter. Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich August 2018. Hier: Los 1 Sanitärtechnik; Los 2 Heizungstechnik; Los 3 Raumlufthausanlagen; Los 4 Dämmung/Isolierung.
I.1)	Name, Adressen und Kontaktstelle(n) Offizielle Bezeichnung: Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH Schulbau Hamburg Postanschrift: Freie und Hansestadt Hamburg, FB SBH Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe, Ausschreibungsmanagement VOB U 42 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de Internet-Adresse(n): Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/ des Auftraggebers: http://www.hamburg.de/schulbau/ Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen	II.1.6)	Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) Hauptgegenstand: 45214220
I.2)	Art des öffentlichen Auftraggebers Regional- oder Lokalbehörde	II.1.7)	Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
I.3)	Haupttätigkeit(en) Allgemeine öffentliche Verwaltung	II.1.8)	Lose Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
I.4)	Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein	II.1.9)	Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND		II.2)	Menge oder Umfang des Auftrags
II.1)	Beschreibung	II.2.1)	Gesamtmenge bzw. -umfang: Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 1.530.306,79 Euro (netto).
II.1.1)	Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Ersatzneubau Irena-Sendler-Schule, Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg – Sanitär; Heizung; Raumlufthaus; Dämmung/Isolierung.	II.2.2)	Angaben zu Optionen: Nein
II.1.2)	Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung: Bauauftrag Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg NUTS-Code: DE600	II.2.3)	Angaben zur Vertragsverlängerung: Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
II.1.3)	Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS): Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.	II.3)	Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung: Laufzeit: –
		ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN	
		III.1)	Bedingungen für den Auftrag
		III.1.1)	Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
		III.1.2)	Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
		III.1.3)	Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind

zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2013, 2014 und 2015,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOB EU 033-16 G

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 20. April 2016, 10.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,- Euro

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger:

Landesbetrieb Schulbau Hamburg

IBAN: DE 25200000000020101529

BIC: MARKDEF1200

Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg

Verwendungszweck: 7005851,

SBH VOB EU 033-16 G

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Lossummiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

21. April 2016, 10.10 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 21. April 2016, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
4. März 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Ersatzneubau Irena-Sendler-Schule, Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg – Sanitär; Heizung; Raumlufttechnik; Dämmung/Isolierung.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Sanitärtechnik

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 1.500 lfdm Regen- und Schmutzwasserleitungen; 2.000 lfdm Trinkwasserleitungen; 250 lfdm Gasleitung; 150 Stck Sanitärobjekte.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45332200
Ergänzende Gegenstände: 45332300, 45332400, 45333000
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
543.835,31 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli 2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 21. April 2016 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Heizungstechnik

- 1) **Kurze Beschreibung:**
1 Stück Gaskesselanlage ca. 800 KW; 6.600 lfdm Rohrleitungen; 340 Stück. Heizkörper.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45331100
Ergänzende Gegenstände: 45331110
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
543.598,94 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli 2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote

findet statt am 21. April 2016 um 10.40 Uhr in
Raum 004.

Los-Nr. 3**Bezeichnung:** Raumluftechnische Anlage

- 1) **Kurze Beschreibung:**
4 Stück Lüftungsgeräte je 12.000 m³/h; 2.600 m²
Luftkanäle; 32 Stück Volumenstromgeräte; 55
Stück Brandschutzklappen; 170 Stück Luft-
durchlässe.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45331210
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
343.996,80 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli
2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote
findet statt am 21. April 2016 um 11.10 Uhr in
Raum 004.

Los-Nr. 4**Bezeichnung:** Dämmung/Isolierung

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca 1.200 m² Wärmedämmung von Luftkanälen;
8.000 lfdm Wärmedämmung von Rohrleitungen.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Auf-
träge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45321000
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
98.875,74 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren
und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli
2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote
findet statt am 21. April 2016 um 11.40 Uhr in
Raum 004.

Hamburg, den 4. März 2016

Die Finanzbehörde

240

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB U 42
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Einkauf/Vergabe
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerbli-
chen Dialog und ein dynamisches Beschaffungs-
system) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**I.4) Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber be-
schafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftrag-
geber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
Auftraggeber:**

Ersatzneubau Irena-Sendler-Schule, Am Pfeils-
hof 20, 22393 Hamburg – Starkstrom, Schwach-
strom Fernmelde- und Infotechnik, Küchentechni-
k.

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:**

Bauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung
oder Dienstleistungserbringung:

Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg

NUTS-Code: DE600

**II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
fungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:**

Im Hamburger Stadtteil Wellingsbüttel entsteht
an der Irena-Sendler-Schule (Stadtteilschule) ein
dreigeschossiger Ersatzneubau mit ca. 12.650 m²
BGF. Es werden zwei dreigeschossige Bauten
(Haus A und Haus B) errichtet.

Im Neubau entstehen Ganztagsflächen inkl.
Mensaküche (Aufwärmküche), Aula als Multi-
funktionsfläche, allgemeine Unterrichtsräume
sowie Kompartimentflächen und Differenzie-
rungsflächen, Verwaltungsflächen sowie natur-
wissenschaftliche Räume (Biologie, Physik, Che-
mie) und Werkstätten (Holz- und Metall). Ferner

befinden sich in Haus B noch eine Einfeldsport-halle und eine Gymnastikhalle.

Der Schulbetrieb läuft während der Bauarbeiten in Bestandsgebäuden weiter.

Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich August 2018.

Hier:

Los 1 Starkstromtechnische Anlagen;

Los 2 Schwachstrom Fernmelde- und Informationstechnik;

Los 3 Küchentechnik.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214220

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 1.952.848,98 Euro (netto).

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),

– Umsätze aus den drei Jahren 2013, 2014 und 2015,

und

– gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOB EU 034-16 S

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 21. April 2016, 10.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger:
Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 2520000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 034-16 S
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
22. April 2016, 10.00 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 22. April 2016, 10.0 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 006
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:**

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** 4. März 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Ersatzneubau Irena-Sendler-Schule, Am Pfeils-

hof 20, 22393 Hamburg – Starkstrom, Schwachstrom Fernmelde- und Infotechnik, Küchentechnik.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Starkstromtechnische Anlagen

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca 113.500 lfdm Kabel und Leitungen; 2.400 lfdm Kabeltrassen/Kanäle; 16 Stck. Unterverteilungen; 2.600 Stck. Installationsgeräte
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45315100
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
1.229.412,57 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli 2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 22. April 2016 um 10.10 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Schwachstrom Fernmelde- und Informationstechnik

- 1) **Kurze Beschreibung:**
21.700 lfdm Kabel und Leitungen; 1 Stck. Hausalarmanlage; 1 Stck. ELA Anlage; 14 Stck. EDV Netzverteilerschränke; 290 Stck. Deckenlautsprecher; 1.140 Stck. Netzwerkdosen
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45314000
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
597.381,41 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Juli 2016 bis Juni 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 22. April 2016 um 10.30 Uhr in Raum 006.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Küchentechnik

- 1) **Kurze Beschreibung:**
4 Lebensmittelschränke (Edelstahl), 9 Hänge- und Lagerschränke (Edelstahl); 3 Handwaschbecken (Edelstahl), 2 Schwerlastregale; Kordurchlauf-Spülmaschine, Doppelkammerenthärtungsanlage, Zulaufisch mit Becken, Auslaufrollbahn, 1 Vierfeld-Kochherd, 2 Kombidämpfer 10xGn1/1, 1 Kombidämpfer 6xGN 1/1, Speiseausgabewagen, Servierwagen, Besteck- und Tablettwagen, 2 Kühlschränke, 2 Unterbaukühlschränke, 1 Tiefkühlschrank.
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 39221000
Ergänzende Gegenstände: 45421151, 39314000
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 126.055,– Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. Februar bis Juli 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 22. April 2016 um 11.00 Uhr in Raum 006.

Hamburg, den 4. März 2016

Die Finanzbehörde

241

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg, Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB U 42
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Einkauf/Vergabe
Telefax: +49/040/427 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Ersatzneubau Irena-Sendler-Schule, Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg – Trockenbauwände, Maler, Holzzinnentüren.

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Bauftrag
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Im Hamburger Stadtteil Wellingsbüttel entsteht an der Irena-Sendler-Schule (Stadtteilschule) ein dreigeschossiger Ersatzneubau mit ca. 12.650 m² BGF. Es werden zwei dreigeschossige Bauten (Haus A und Haus B) errichtet.
Im Neubau entstehen Ganztagsflächen inkl. Mensaküche (Aufwärmküche), Aula als Multifunktionsfläche, allgemeine Unterrichtsräume sowie Kompartimentflächen und Differenzierungsflächen, Verwaltungsflächen sowie naturwissenschaftliche Räume (Biologie, Physik, Chemie) und Werkstätten (Holz- und Metall). Ferner befinden sich in Haus B noch eine Einfeldsport-halle und eine Gymnastikhalle.
Der Schulbetrieb läuft während der Bauarbeiten in Bestandsgebäuden weiter.
Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich August 2018.
Hier:
Los 1 Trockenbauwände;
Los 2 Malerarbeiten;
Los 3 Holzzinnentüren.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45214220
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose
Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Kostenschätzung beträgt der Auftragswert für alle Lose ca. 979.071,68 Euro (netto).
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER:

- Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
- Umsätze aus den drei Jahren 2013, 2014 und 2015,

und

- gültige Freistellungsbescheinigung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, ODER mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als drei Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –

IV.3) **Verwaltungsangaben**

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOB EU 036-16 G
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 26. April 2016, 10.00 Uhr.
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 10,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.
Empfänger:
Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 2520000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 036-16 G
Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,- Euro **pro Los** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden.

Bitte nur **eine** der genannten Varianten wählen. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
27. April 2016, 10.10 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Laufzeit: 45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 27. April 2016, 10.10 Uhr
Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bieterinnen werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt. Die Ausschreibungsunterlagen werden postalisch versandt.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

10. März 2016

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Ersatzneubau Irena-Sendler-Schule, Am Pfeilshof 20, 22393 Hamburg – Trockenbauwände, Maler, Holzinrentüren.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Trockenbauwände

- 1) **Kurze Beschreibung:**
Ständerwerkwände ca. 1.800 m², Vorwandinstallation/Schachtwände ca. 200 m², Vorwandinstallation/Schachtwände ca. 980 m².
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 45324000
Ergänzende Gegenstände: 45421141
- 3) **Menge oder Umfang: –**
Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 352.328,82 Euro
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**
- 5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**
Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. August 2016 bis Januar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. April 2016 um 10.10 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Malerarbeiten

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 10.100 m² Flächenspachtelung Q2, ca. 19.200 m² Anstrich Wände mit Kunststoffdispersionsfarbe,

ca. 1910 m² Anstrich Decken, ca. 12.000 m Acrylfugen, ca. 560 m² Staubbinder Anstrich Bodenflächen, ca. 10 St. Beschichtung von Haupt- und Nebentreppen, ca. 110 m² Anstrich von Stahlkonstruktionen und -flächen, ca. 249 St. Anstrich von Stahltürzargen (Haus A+B).

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45442100

3) **Menge oder Umfang: –**

Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
255.646,36 Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. September 2016 bis März 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. April 2016 um 10.40 Uhr in Raum 004.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Holzinrentüren

- 1) **Kurze Beschreibung:**
ca. 140 St. Holzinrentüren, ca. 112 St. Holzinrentüren mit Brandschutz (Haus A+B).

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45420000

Ergänzende Gegenstände: 45421100

3) **Menge oder Umfang: –**

Veranschlagte Kosten ohne MwSt:
371.096,50 Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit: –**

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Voraussichtlicher Ausführungstermin: ca. September 2016 bis Januar 2017. Die Öffnung der Angebote findet statt am 27. April 2016 um 11.10 Uhr in Raum 004.

Hamburg, den 10. März 2016

Die Finanzbehörde

242

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen Frau Iris Peters

Telefon: +49/040/42823-2731

Telefax: +49/040/42823-1364

E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de

Internet-Adresse:

http://www.hamburg.de/ausschreibungen

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
siehe Anhang A.III

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Durchführung des Gebietsmanagements und Erstellung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (inkl. eines Gutachtens zur Förderung der Wohnfunktion in der Harburger Innenstadt) im Fördergebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung Harburger Innenstadt/Eißendorf-Ost.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg – Bezirksamt Harburg – als Auftraggeber beabsichtigt die Gebietsentwicklung Harburger Innenstadt/Eißendorf-Ost und die Erstellung des Integrierten Entwicklungskonzeptes (inkl. eines Gutachtens zur Förderung der Wohnfunktion in der Harburger Innenstadt) im Fördergebiet der Integrierten Stadtteilentwicklung Harburger Innenstadt/Eißendorf-Ost zu vergeben. Das förmliche Ausschreibungsverfahren für diese Ausschreibung wird durch die Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt.

Durch den Auftragnehmer sind im Rahmen der Gebietsentwicklung Innenstadt Harburg/Eißendorf-Ost folgende Leistungen in den Program-

men der Städtebauförderung Soziale Stadt und Aktive Stadt- und Ortsteilzentren zu erbringen:

Der Auftragnehmer (Quartiersentwickler) muss zunächst unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, Vertretern der lokalen Ökonomie sowie lokaler Akteure und in Abstimmung mit den Wohnungsunternehmen, der Kommunalpolitik, dem Bezirksamt Harburg und den betroffenen Fachbehörden ein Integriertes Entwicklungskonzept aufstellen und im Weiteren umsetzen. Parallel zur Aufstellung des Konzeptes sind erste vorgezogene Maßnahmen in Abstimmung mit der Auftraggeberin zu bearbeiten.

Der Auftrag wird u. a. folgende Aufgaben umfassen:

- Erarbeitung eines Integrierten Entwicklungskonzeptes inklusive eines Zeit-Maßnahme-Kosten-Plans für das Quartier im ersten Vertragsjahr,
- Entwicklung von Umsetzungsstrategien zur Erreichung der Entwicklungsziele,
- Initiieren und Fördern von Einzelprojekten und Maßnahmen, projektbezogene Qualitäts- und Kostensicherung,
- Organisation der Beteiligungsprozesse und Aktivierung der Bevölkerung und sonstiger Akteure im Quartier, Einbezug unterschiedlicher kultureller und sozialer Gruppen, Aktivierung von Migrantinnen/Migranten und bildungsferner Schichten,
- Wirtschaftsförderung und Stadtteilmaking in Kooperation mit den bestehenden Organisationsformen (Citymanagement, BID) und der Verwaltung,
- Aufbau nachhaltiger Vernetzungsstrukturen im Quartier,
- Förderung des Stadtteillebens und lebendiger Nachbarschaften,
- Betrieb eines regelmäßig besetzten Stadtteilbüros im Quartier,
- Information der kommunalpolitischen Gremien,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Sicherung der Nachhaltigkeit der erreichten Ziele und Organisation eines geordneten Übergangs in die Phase nach Abschluss der Gebietsförderung,
- Qualitätssicherung während des gesamten Prozesses und Dokumentation der Ergebnisse in einem Abschlussbericht,
- Erstellung von Jahresberichten,
- Selbstevaluation und Mitwirkung an der Evaluation zur Quartiersentwicklung,
- Teilnahme an Terminen zur allgemeinen Auswertung von Ergebnissen der Quartiersentwicklung zur Verknüpfung von Programmgestaltung und -durchführung,
- Einrichten und Geschäftsführung eines Quartiersbeirats und treuhändische Verwaltung eines Verfügungsfonds.

Im Zuge der Erstellung des Integrierten Entwicklungskonzeptes muss es eine inhaltliche Vertiefung zur Förderung des Wohnungsbaus in der Innenstadt geben. Es muss geprüft werden, ob

und welche planungs- und bauordnungsrechtliche Rahmenbedingungen möglich sind, um Anreize für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums zu erzielen, in diesem Zusammenhang ist zu prüfen:

- wie eine Umnutzung von Büro- in Wohnraum (damit wird ein zentrales Ergebnis des Innenstadtdialogs aufgegriffen) begünstigt werden kann,
- in welchen Gebieten bzw. an welchen Stellen eine höhere zulässige Geschossigkeit, Anreize für eine Aufstockung von Gebäuden oder Abriss und Neubau geschaffen werden könnte,
- welche Neuordnungs- und Neubaupotenziale in den einzelnen Quartieren bestehen,
- an welche Nutzergruppen sich die neuen Wohnungsbaupotenziale richten können.

Die vorstehende Vertiefung zur Förderung des Wohnungsbaus kann vom Auftragnehmer direkt oder von einem Subunternehmer erarbeitet werden. Es ist anzugeben, welche Variante der Auftragnehmer wählen wird. Im Falle eines Unterauftrags ist der zukünftige Subunternehmer für diesen Auftrag zu benennen. Für das Gutachten zur Förderung des Wohnungsbaus stehen maximal 42.000,- Euro netto zur Verfügung. Diese Summe ist Bestandteil der zur Verfügung stehenden Gesamtsumme von 789.915,97 Euro netto. Die Beauftragung erfolgt schnellstmöglich – voraussichtlich ab dem 1. September 2016 – zunächst bis zum 31. Dezember 2019 mit der Option auf Verlängerung.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71410000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Die Gesamtsumme beträgt 789.915,97 Euro netto. Der Vertrag soll schnellstmöglich – angestrebter Vertragsbeginn ist der 1. September 2016 – geschlossen werden. Der geplante Beauftragungsbeginn für das Gebietsmanagement im Fördergebiet ist voraussichtlich der 1. September 2016. Die Beauftragung erfolgt zunächst bis zum 31. Dezember 2019 mit der Option auf Verlängerung.
Diese Angaben erfolgen vorbehaltlich der Beschlüsse der Hamburgischen Bürgerschaft über die Mittelausstattung in den jeweiligen Haushaltsjahren und der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen über die Mittelzuteilung zu Gunsten des Fördergebiets.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 789.915,97 Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 1. September 2016
Abschluss: 31. Dezember 2019

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Zahlungen im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Eine bestimmte Rechtsform des Anbieters ist nicht erforderlich. Im Falle von Bietergemeinschaften ist ein bevollmächtigter Vertreter, der die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zu benennen. Die Bietergemeinschaft haftet gesamtschuldnerisch. Sämtliche durch einen Bieter zu erbringende Nachweise und Erklärungen sind durch jeden Beteiligten der Bietergemeinschaft vollständig zu erbringen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Die Ausführung des Auftrags erfordert sehr gute deutsche Sprachkenntnisse (in Wort und Schrift). Der Auftragnehmer muss durch den Betrieb eines Stadtteilbüros mit mehreren Öffnungstagen pro Woche regelmäßig im Gebiet präsent sein; er muss ferner in hohem Maße fähig sein, Expertenwissen in den Dienst eines komplexen lokalen Willensbildungsprozesses zu stellen und sein Kommunikationsverhalten auf die Möglichkeiten sehr unterschiedlicher Partner auszurichten. Der Auftragnehmer soll in Abstimmung mit dem Auftraggeber ein geeignetes Stadtteilbüro beziehen. Der Auftraggeber übernimmt die Mietzahlungen für den Teil der Bürofläche, der für den Auftrag notwendig ist und beteiligt sich an der Ersteinrichtung der auftragsbezogenen Büroeinrichtung. Weiter werden Kompetenzen im Bereich der Immobilienwirtschaft, Arbeitsmarktförderung, Qualifizierung und Bildung erwartet. Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter, die die Arbeit vor Ort tatsächlich erbringen wird vorausgesetzt. Langjährige Erfahrungen in der Durchführung von Verfahren (Quartiers-/Gebietsmanagement) im Rahmen der Städtebauförderung sind von Vorteil (siehe auch Ziffer IV.1.2).

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Teilnahmeantrag ist auf dem Formular des Auftraggebers einzureichen, zusätzlich sind die

Formulare „Eigenerklärung Bietergemeinschaft“, „Erklärung zur Nichtanwendung der Scientology Technologie“ und „Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit“ einzureichen, sämtliche Unterlagen sind abrufbar unter der E-Mail-Adresse Ausschreibungen@fb.hamburg.de. Die in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise sind in der aufgeführten Reihenfolge vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache. Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z. B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

Hinweis für Bietergemeinschaften: Die geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen. Fehlende Unterlagen können zum Ausschuss führen.

1. Anschreiben mit Darstellung der Unternehmens- und Eigentümerstruktur, die grundsätzlich angebotenen Leistungen sowie Ansprechpartner/in für den Auftrag samt Kontaktdaten (Tel./Faxnummer, E-Mail-Adresse, Adresse).

2. Unterschriebene Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit. Die Angaben werden ggf. von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird ggf. eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

3. Unterschriebene Erklärung zur Nichtanwendung der „Scientology“ Technologie von L. Ron Hubbard.

4. Falls zutreffend: Unterschriebene Erklärung Bietergemeinschaft.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

5. Eigenerklärung, dass eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherungen für Schadensfälle besteht oder im Falle der Auftragserteilung eine solche Versicherung abgeschlossen wird (Personenschäden mind. 1,5 Mio. Euro, sonstige Schäden mind. 500.000,- Euro).

6. Angaben zum Gesamtsatz der letzten drei Jahre. Soweit vorhanden, Angaben zum Anteil des Umsatzes für den Bereich der Stadtteilentwicklung.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

7. Allgemeine Büroinformationen (Struktur des Büros, Arbeitsschwerpunkte des Büros und Anzahl der Mitarbeiter).

8. Projektteam: Benennung der im Falle der Zuschlagserteilung vorgesehenen, verantwortlichen Mitarbeiter (Namen, Projektteam, Stellvertretungsregelung, berufliche Qualifikationen).

9.1 Eine Liste (Referenzliste) der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen ähnlicher Art und ähnlichen Umfangs. Bei diesen aussagefähigen Referenzen sind jeweils der Rechnungswert, die Leistungszeit sowie der Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen zu nennen. Diese Referenzbeispiele sind nach der Relevanz bzw. Vergleichbarkeit mit diesem Projekt in absteigender Reihenfolge zu sortieren.

9.2 Die wichtigsten zwei Referenzbeispiele müssen folgende Angaben enthalten und werden unter Ziffer IV.1.2 für die Bewertung zur Auswahl am Verhandlungsverfahren berücksichtigt: Kurzvorstellung je Referenzprojekt auf maximal 3 Seiten inkl.:

- Darstellung des Anteils des Bewerbers am Gesamtprojekt
- Darstellung der Anteile der einzelnen Mitarbeiter im Projekt
- Darstellung der Beteiligungsstruktur (Welche Beteiligungsinstrumente kamen zum Einsatz/ wurden angeboten, gab es ein Bürgerbeteiligungsgremium/ Stadtteilbeirat und wie hat es gearbeitet?)
- Darstellung der drei wichtigsten Einzelmaßnahmen.

10. Falls zutreffend: Angaben zum Einsatz von Unterauftragnehmern (Benennung der Unterauftragnehmer und Angaben darüber, welcher Teil der Leistung durch den Unterauftragnehmer abgedeckt wird).

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3 und Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Maßgebend für die Auswahl ist neben der Erfüllung aller formalen Anforderungen und Kriterien die erreichte Bewertung. Zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden die drei bis fünf Teilnahmeanträge mit den höchsten Bewertungen (Leistungspunkten).

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Teilnehmern:

Kategorien und Kriterien:

- Büro/Bietergemeinschaft: In welchem Maße entsprechen die Arbeitsfelder und Schwerpunkte der unternehmerischen Tätigkeit den fachlichen Anforderungen des Auftrags? (Max. 3 Punkte).
- Projektteam: In welchem Maße entspricht das vorgeschlagene Projektteam aufgrund seiner erkennbaren Qualifikationen und der nachgewiesenen Berufserfahrung den fachlichen Anforderungen des Auftrags? (Max. 3 Punkte).
- Referenzen: In welchem Maße entsprechen die zwei vorgelegten Referenzprojekte in Qualität und Vergleichbarkeit den Aufgabenstellungen des Auftrags, auch bei Bietergemeinschaften besteht die Begrenzung auf 2 Referenzen insgesamt. (Max. 3 Punkte).

Kurzvorstellung je Referenzprojekt auf maximal 3 Seiten inkl.:

- Darstellung des Anteils des Bewerbers am Gesamtprojekt.
- Darstellung der Anteile der einzelnen Mitarbeiter im Projekt.
- Darstellung der Beteiligungsstruktur.
- Darstellung der drei wichtigsten Einzelmaßnahmen.
- Darstellung der Zielerreichung.

Angaben die über diese maximale Seitenzahl hinausgehen, werden nicht bei der Bewertung berücksichtigt.

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote : Ja
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: –
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
2016000029
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:
14. April 2016, 10.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

15. April 2016, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Es handelt sich vorliegend zunächst um einen Teilnahmewettbewerb, so dass noch kein Angebot einzureichen ist, sondern nur ein Teilnahmeantrag mit den unter Ziff. III. 2) genannten Unterlagen. In einem ersten Verfahrensschritt wird anhand des Teilnahmeantrags die Eignung der Bewerber geprüft. Die geeigneten und nach IV.1.2) ausgewählten Bewerber werden anschließend in einem zweiten Verfahrensschritt zur Abgabe eines Angebots aufgefordert und damit am Verhandlungsverfahren beteiligt.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Papierform (ungebunden) in einem verschlossenen Umschlag mit der ergänzenden Angabe „Teilnahmeantrag 2016000029 bei der unter Anhang A angegebenen Kontaktstelle (Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg) unterschrieben einzureichen und müssen zwingend eine elektronische Zustelladresse (E-Mail-Adresse) enthalten.

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich auf dem Post- bzw. Botenwege einzureichen, Teilnahmeanträge die per Fax oder E-Mail eingehen, müssen ausgeschlossen werden.

Die unter III.2.1) einzureichenden Vordrucke/ Eigenerklärungen sind bis zum 14. April 2016, 10.00 Uhr über die E-Mail-Adresse: ausschreibungen@fb.hamburg.de oder per Telefax unter +49/40/42731-0686 abzufordern und mit den Teilnahmeantrag unterschrieben einzureichen.

Fragen sind per E-Mail oder Fax an die in Ziffer I.1) ersichtliche Kontaktstelle bis zum 7. April 2016, 10.00 Uhr zu richten. Danach eingehende Fragen werden nicht mehr berücksichtigt.

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung per E-Mail allen Interessenten, die die Vordrucke/Eigenerklärungen abgerufen haben, zur Verfügung gestellt.

Die Finanzbehörde behält sich vor, von den Bewerbern auf gesonderte Anforderung entsprechende Bescheinigung (Steuerliche Bescheinigung zur Beteiligung an Öffentlichen Aufträgen bzw. Bescheinigung in Steuersachen, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkasse, Bestätigung des Versicherers usw.) in aktueller Fassung abzufordern.

Bietergemeinschaften haben in dem Antrag sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie einen bevollmächtigten Vertreter/eine bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Im Falle der Auftragsvergabe haften die Bietergemeinschaften gesamtschuldnerisch. Der Auftraggeber erwartet auch im Fall einer Bietergemeinschaft die geschlossene Erbringung der Leistung aus einer Hand. Die unter Punkt III.2.1 und III.2.2 geforderten Nachweise sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Sofern sich ein/e Bewerber/in zum Nachweis seiner/ihrer Eignung auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers beruft, hat er/sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen. Die Verantwortung für die Auswahl der Unterauftragnehmer und die Gestaltung der Unteraufträge liegt beim Auftragnehmer.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49/40/4 28 23 - 1448
Telefax: +49/40/4 28 23 - 2020
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**

Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheit der Unternehmen/Bewerber/Bieter sowie auf die Präklusionsregelung gemäß § 107 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin. § 107 Abs. 3 S. 1 GWB lautet: Der Antrag (auf Nachprüfung) ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegeben Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewertung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem

Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101 b Abs. 1 Nr. 2 § 101 a Abs. 1 Satz 1 bleibt unberührt.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:**

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Große Bleichen 27, 20354 Hamburg,
Deutschland

Telefon: +49/40/4 28 23 - 1448
Telefax: +49/40/4 28 23 - 2020
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** 15. März 2016

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –**

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Ver- dingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem): –**

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg
Finanzbehörde Hamburg
Postanschrift:
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Hauptgeschäftsstelle, Raum 100
Telefon: +49/40/4 28 23 - 13 80
Telefax: +49/40/4 27 31 - 07 47
E-Mail:
finanzbehoerde.poststelle@fb.hamburg.de
Internet-Adresse:
<http://www.hamburg.de/ausschreibungen>

Hamburg, den 15. März 2016

Die Finanzbehörde

243

Öffentliche Ausschreibungen der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Carl von Ossietzky, schreibt die **Vergabe von Buchbindearbeiten für die Zeit vom 1. Juli 2016 bis zum 30. Juni 2017** unter der Ausschreibungsnummer **V12.2/2016/03/016** öffentlich aus.

Projektbeschreibung: Vergabe von Buchbindearbeiten in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Carl von Ossietzky, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Anforderungsfrist für die Vergabeunterlagen: bis 29. April 2016

Angebote einreichen: bis 10. Juni 2016

Angebotseröffnung: am 13. Juni 2016

Ende der Zuschlags-/Bindefrist: 1. Juli 2016

Ausführungsfrist: 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017

Die Ausschreibungsunterlagen können in der Zeit von montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr bei Herrn Thomas Deutzer in der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Von-Melle-Park 3, 20146 Hamburg, Telefon: 040/42838-7980, eingesehen, abgeholt, per E-Mail unter thomas.deutzer@sub.uni-hamburg.de gegen Voreinsendung von 5,- Euro per Post angefordert werden (Bankverbindung: Deutsche Bundesbank; IBAN: DE 53 20000 00000 20101510; Verwendungszweck: Angabe der Ausschreibungsnummer).

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nr. 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 27 VOL/A bzw. § 27 a VOL/A.

Hamburg, den 14. März 2016

Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg,
Carl von Ossietzky

244

Offenes Verfahren/VOL

Die Justizbehörde – Zentralamt Z12 –, Suhrenkamp 100, 22335 Hamburg, Telefon: 040/42800-1429, Telefax: 040/42800-1464, E-Mail: Petra.Howe@justiz.hamburg.de, beabsichtigt im offenen Verfahren den Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die **Versorgung der Angehörigen der Feuerwehr Hamburg mit Dienstkleidung, Schutzkleidung sowie Schutzausrüstung und Jugendfeuerwehrbekleidung**.

Das geschätzte Auftragsvolumen liegt bei 8,8 Mio. Euro bei einer Laufzeit von vier Jahren. Einreichungstermin ist der 2. Juni 2016, 10.00 Uhr (EU-Z12-30/2015).

Interessierte Anbieter können bei der oben genannten Anschrift die erforderlichen Vergabeunterlagen schriftlich und kostenlos abfordern. Auswahlkriterien sind: Preis 40 %, Qualität und Trageeigenschaften 50 %, Konzepteigenschaften 10 %.

Hamburg, den 11. März 2016

Die Justizbehörde

245

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A

DESY-Ausschreibungsnummer: C2006-16

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 Absatz 1 VOB/A.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags: Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Umbau EMSR-Technik Gebäude 16d und Einbindung Kälteverbund

Eine Kühlwasseranlage wird umgebaut, um Kaltwasser in ein Fernkältenetz einzuspeisen.

Folgende Arbeiten werden hierfür beauftragt:

Demontage von nicht mehr benötigten Anlagenteilen bestehend aus Demontage von Kabel/Leitungen von Pumpen und Sensorik etc., sowie Teilbereiche in Schaltschränken (FU's, Schütze, Relais, Klemmen u. Sicherungsmaterial, Leitungen, Kabelkanäle, Türeingbauten, Bauteile für Steuerungen).

Einspeisungen und Steuerungen für Pumpen, Ventile sowie Bestandteile von Steuerungen werden auf neue Schaltschränke umgeschwenkt. Dazu gehören u. a. auch die elektrische Ausrüstung, sowie die Elektroinstallation für den o.g. Anlagenteil. Außerdem müssen vorhandene Kabelwege zum Teil erweitert oder entsprechend umgebaut werden um die zu liefernden Feldgeräte und Sensorik in die neue Steuerung einzubinden.

Um bei Erweiterung der Anlage den Umbauaufwand möglichst gering zu halten, werden u. a. Pumpenabgänge vorbereitet. Die Einbindung der Signale aus dem Feld erfolgt über eine vorhandene bzw. zu erweiternde SPS, bestehend aus Lieferung und Einbau von SPS Komponenten. Die Programmierung und Visualisierung wird bauseits erstellt.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: Entfällt

h) Losweise Vergabe:

Eine losweise Vergabe ist nicht vorgesehen.

i) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:

Ausführungszeitraum: ca. Mitte Mai 2016 bis ca. Mitte November 2016/Zwischentermine gemäß dem Bauzeitenplan.

j) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2006-16:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Telefon: 040/8998-2480, Telefax: 040/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

- l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** Entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angebotsunterlagen können bis zum 11. April 2016 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 12. April 2016 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Mittwoch, den 20. April 2016 um 10.00 Uhr im Gebäude 11a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

DESY C2006-16

Angebotstermin: 20. April 2016,

Uhrzeit: 10.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Briefpost: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Am Mittwoch, dem 20. April 2016 um 10.00 Uhr im Gebäude 11a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein. Die jeweils erforderliche Vollmacht ist zum Termin mitzubringen.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

Sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Bausektor vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:**

Der Bieter ist an sein Angebot 30 Tage ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote gebunden.

w) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, kaufmännisches Mitglied des Direktoriums.

Hamburg, den 10. März 2016

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

246

**Öffentliche Ausschreibung
gemäß § 12 Nummer 1 VOB/A**

f&w fördern und wohnen AöR,
– Abteilung Beschaffungsmanagement –,
Grüner Deich 17, 20097 Hamburg,
Telefon: +49/040/4 28 35 - 36 80
Telefax: +49/040/4 28 35 - 35 11

Ausschreibung Nr. **AÖA 026-2016**

Die **Lieferung von Fruchtsaft-, Konzentrate, und -nektaren** soll vergeben werden.

Die Unterlagen können kostenfrei aus dem Internet ab dem 17. März 2016 unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

www.foerdernundwohnen.de

—> Unternehmen

—> Ausschreibungen

—> Leistungen und Bauleistungen

—> AÖA 026-2016

Für den Auftrag kommen nur Bieter mit der Einreichung von entsprechenden Referenzen in Betracht, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind.

Einreichfrist: 18. April 2016, 13.00 Uhr

Hamburg, den 15. März 2016

f & w fördern und wohnen AöR

247